

Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung: Die Pandemie erfordert entschiedenes Handeln in Bildung, Kultur und Wissenschaft

Resolution der 80. Mitgliederversammlung der Deutschen UNESCO-Kommission am 13. November 2020

Die Vereinten Nationen haben den Zeitraum 2020 bis 2030 zum Jahrzehnt des Handelns erklärt; sie bekräftigen damit die Agenda 2030 und deren Ziele. Sie weisen zugleich darauf hin, dass die bisherigen Anstrengungen zur Erreichung der globalen Ziele nachhaltiger Entwicklung (SDGs) unzureichend sind, zumal der Menschheit für eine Reihe von Zielen, zum Beispiel beim Klimaschutz, buchstäblich die Zeit davonläuft.

Die Umsetzung der Agenda 2030 ist heute dringlicher denn je. Zwar scheint die Covid-19-Pandemie manche nötige Transformation zu beschleunigen, wie die Digitalisierung oder den Verkehr in Städten. Allerdings gab es schon nach wenigen Monaten der Pandemie erhebliche Rückschritte weltweit bei vielen SDGs. Auch, weil nach Schätzungen der UNESCO im August 2020 mindestens 24 Millionen Lernende wegen der Pandemie nicht mehr in ihre Ausbildung zurückkehren; ebenso hat sich laut UNESCO die Finanzierungslücke zur Erreichung von SDG4 gegenüber 2015 auf 200 Milliarden US-Dollar verfünffacht. Bereits bestehende Ungleichheiten in der Bildung steigen weiter.

Zugleich hat die Pandemie weltweit die Verwundbarkeit von etablierten Institutionen aufgezeigt, zum Beispiel unterfinanzierte Gesundheitssysteme, ein zu wenig auf digitale Lösungen vorbereitetes Bildungswesen oder unterbrochene Lieferketten für überlebenswichtige Güter. Auch sind Kultur- und Kreativwirtschaft wie auch der Tourismus stark betroffen und teilweise in ihrer Existenz bedroht.

In Deutschland und Europa konnten bislang viele gesellschaftliche und wirtschaftliche Sektoren durch ein umfangreiches Bündel von Unterstützungsmaßnahmen weitgehend abgesichert werden. Global gesehen ist die Lage jedoch mehr als dramatisch. Die Umsetzung der Agenda 2030 muss nicht nur beschleunigt werden, sondern auch den Erfahrungen aus der Pandemie angepasst werden.

Die Deutsche UNESCO-Kommission ist betroffen über die hohe Zahl der bisher über eine Million Toten, die der Covid-19-Pandemie zum Opfer gefallen sind, und erhebt mit Blick auf diese Erfahrungen drei zentrale Forderungen an die Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen:

1. **Multilaterale Verantwortung und Zusammenarbeit statt Abschottung und nationaler Alleingänge für die Lösung globaler Krisen.** Die von der Bundesregierung mit Partnern initiierte „Allianz für den Multilateralismus“ kam genau zur rechten Zeit. Wir rufen alle Bundesressorts, den Bundestag und die Länder dazu auf, die bestehenden multilateralen Organisationen und Völkerrechtsabkommen weiter zu stärken. Wir bekennen uns zum einmaligen Politikmodell der UNESCO-Nationalkommission und werden Anstrengungen unternehmen, um die UNESCO-Netzwerke und die Zivilgesellschaft noch besser in die multilaterale Zusammenarbeit einzubeziehen. Ebenso werden wir in Solidarität mit unseren Partnern weltweit, insbesondere in Ländern Afrikas, unseren Beitrag zur Bewältigung der globalen Herausforderungen leisten. Dazu gehört auch die gemeinsame Verantwortung für die Bewahrung des Menschheitserbes.
2. **Gesellschaftlicher Zusammenhalt, Solidarität und gegenseitiges Vertrauen auf einer gemeinsamen Wissens- und Erfahrungsbasis,** im kleinen Maßstab vor Ort bis zur europäischen Dimension, haben sich als der wichtigste Faktor für die Überwindung von Krisen herausgestellt. Es braucht jetzt und auch künftig noch mehr Maßnahmen zur Stärkung von Zusammenhalt und Vertrauen. Dies erfordert unter anderem
 - die Schaffung von sozialen und kulturellen Räumen, die Inklusion und Verständigung über alle gesellschaftlichen Ebenen hinweg ermöglichen;
 - den Erhalt von kulturellem Engagement und kulturellen Vereinigungen als wichtiger Grundlage für Teilhabe und soziale Einbindung in unsere durch Vielfalt geprägten Lebenswelten;
 - die Stärkung und Anerkennung von Ehrenamt sowie freiwilligem und gemeinnützigem Engagement;
 - die Verbesserung der Lage von Frauen, da sie von der Pandemie besonders häufig in ihren Entfaltungsmöglichkeiten und der gerechten Teilhabe an beruflichen Chancen eingeschränkt sind;
 - Bildung mit dem Ziel von Toleranz und Respekt, Verständigung, Begegnung, Dialog und Partnerschaft, sowie dem sicheren Umgang mit Risiken

und der Entscheidung unter unsicherer Informationslage – Ziele, für die die UNESCO seit ihrer Gründung nach dem Zweiten Weltkrieg eintritt;

- die stärkere Verantwortung der Wissenschaft gegenüber der Gesellschaft, damit ihre Erkenntnisse als Grundlage der gemeinsamen Verständigung in der Demokratie weiter anerkannt bleiben;
- Förderung des Bewusstseins für immaterielles und materielles Kulturerbe, verstanden in seiner zugleich lokal und global identitätsstiftenden Funktion;
- die weitere Stärkung eines neuen Bewusstseins für Natur und Gesundheit;
- den entschlossenen Einsatz gegen gezielt irreführende und die Gesellschaften spaltende, online wie offline kommunizierte Inhalte und Verschwörungserzählungen, vor allem durch den juristisch und finanziell sichergestellten, diskriminierungsfreien Zugang zu pluralistischen, unabhängigen und zertifizierten Inhalten.

3. Resilienz durch Nachhaltigkeit in Gesellschaft und Wirtschaft

Die aktuelle Krise hat gezeigt, dass öffentliche, gemeinwohlorientierte Daseinsvorsorge unersetzlich für Krisenbewältigung und Verhinderung sozialer und wirtschaftlicher Verwerfungen ist. Sie hat auch Schwachstellen und Strukturprobleme aufgezeigt, z. B. im Gesundheits- und Bildungssystem, aber auch im Umgang mit Umwelt und Ressourcen. Deswegen müssen sich die Wege aus der Krise am Leitprinzip Nachhaltigkeit orientieren. Dies betrifft unter anderem

- die Überprüfung und Veränderung von Steuerungsmechanismen wie der Finanz- und Personalausstattung von bewährten Strukturen der Daseinsvorsorge, um deren Resilienz zu sichern,
- die Überwindung von nicht-nachhaltigen Strukturen in Bereichen wie Mobilität, Energiewirtschaft und Ressourcennutzung,
- die verantwortungsvolle Gestaltung der digitalen Transformation im Interesse der Gesellschaft, von Arbeit und Leben und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen. Zu den nötigen ganzheitlichen Konzepten zählen zum Beispiel in der Bildung an die einzelnen Lernenden und ihre Bedürfnisse angepasste Formate, die Verankerung von Prinzipien nachhaltigen Handelns im digitalen Raum und der damit verbundenen Kompetenzen in



Organisation
der Vereinten Nationen
für Bildung, Wissenschaft
und Kultur

**Deutsche
UNESCO-Kommission**

Seite 4 von 4

allen Berufen oder in der Kultur- und Kreativwirtschaft tragfähige Finanzierungs- und Urheberrechtsmodelle für digitale Angebote.

Die Deutsche UNESCO-Kommission ruft dazu auf, aus der Pandemie zu lernen – und damit die Chance zu nutzen, die globalen Ziele nachhaltiger Entwicklung trotz aller Widrigkeiten zu erreichen. Wir verpflichten uns zu unserem Beitrag hierzu.